

Antrag

der Fraktion der SPD

Freie Wahlen in Birma fordern, die Menschenrechtslage verbessern und einen nationalen Dialog unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 7. November 2010 finden in Birma/Myanmar erstmals seit 20 Jahren wieder Wahlen statt. Gewählt werden die Mitglieder des nationalen Parlaments sowie der Regionalparlamente. Die Wahlen sind kein Zeichen für einen demokratischen Wandel in Birma – im Gegenteil: Die Wahlgesetze verletzen sämtliche demokratischen Grundsätze und sichern dem Militärregime eine weitgehende Kontrolle über den Verlauf der Wahlen und damit über ihren Ausgang. Birma soll zwar künftig eine zivile Regierung erhalten. Der Einfluss des Militärs, für das ohnehin ein Viertel der Parlamentssitze reserviert ist, wird jedoch bleiben. Einen Überraschungssieg der Opposition wie 1990 wird es 2010 nicht geben.

Seit den Parlamentswahlen von 1990, bei denen die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi einen triumphalen Sieg errungen hatte, regiert die Militärjunta gegen das Votum des Volkes. 1991 hat Aung San Suu Kyi für ihren gewaltfreien Kampf für die Demokratie in Birma den Friedensnobelpreis erhalten. Die aktuelle Wahlgesetzgebung verwehrt ihr nicht nur das aktive und passive Wahlrecht, sondern schließt sie sogar aus ihrer eigenen Partei aus, der National League for Democracy (NLD). Angeblich soll Aung San Suu Kyi nun aber doch ihre Stimme abgeben dürfen. Aus Protest gegen die Wahlgesetzgebung nimmt die NLD nicht an der Wahl teil, was zu ihrer Deregistrierung und Spaltung führte. Die neue Partei National Democratic Force kann möglicherweise Stimmen von Anhängern der NLD mobilisieren. Von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen sind buddhistische Mönche und politische Gefangene. Nach jüngsten Meldungen soll die Wahlkommission in 3 000 von ethnischen Gruppen bewohnten Dörfern die Wahl abgesagt haben.

Das Militärregime verletzt systematisch die Menschenrechte und hat das reiche Land zum Armenhaus Asiens heruntergewirtschaftet. Nach Jahren des Leids haben im Herbst 2007 Tausende Mönche und andere Demonstrierende deutlich gemacht, dass sie nicht länger bereit sind, die sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen, die Einschränkung der Informations- und Versammlungsfreiheit, die Unterdrückung und Ausbeutung von Minderheiten und die Versklavung in Zwangsarbeit und Militärdienst zu ertragen. Mit brutaler Gewalt hat das Militärregime jedoch wieder Ruhe im Land hergestellt. Wie rücksichtslos mit der Bevölkerung umgegangen wird, zeigte sich erneut nach dem Zyklon Nargis im Mai 2008. In dieser schlimmsten humanitären Katastrophe Asiens seit dem Tsunami verweigerte die Junta zunächst die angebotene humanitäre

Hilfe aus dem Ausland. Später behinderte sie die Arbeit der Hilfsorganisationen und soll mit Hilfsgütern eigene Geschäfte betrieben haben.

In Birma gibt es 2 200 politische Gefangene, die Haftbedingungen sind unerträglich. 600 Personen wurden in Gefängnisse verlegt, die weit entfernt von ihren Heimatorten sind, so dass ihre Familien sie nicht mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgen können. Bei den letzten beiden Amnestien waren laut Amnesty International unter den 13 000 freigelassenen Häftlingen nur 158 politische Gefangene. Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi steht seit 2003 unter Hausarrest, kurzfristig war sie auch in Haft. Stellvertretend für viele Regimegegner in Birma zeigt sich an ihrem Schicksal die menschenfeindliche Willkürherrschaft der Militärjunta.

Birma ist ein Vielvölkerstaat, in dem zahlreiche ethnische Minderheiten über starke eigene Milizen verfügen. Dem Militärregime ist es nie gelungen, die Macht dieser Milizen zu brechen, da die Minderheiten ihre Forderungen nach größerer Autonomie nicht erfüllt sahen und sich gegen eine Eingliederung ihrer Milizen in die nationale Armee wehrten. Die neue Verfassung von 2008 beschneidet ihre Freiräume sogar. Deshalb kommt es regelmäßig zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und einzelnen Milizen und in diesem Kontext zu schweren Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten. Auch die Zivilbevölkerung ist davon stark betroffen. So wurden im letzten Jahr Tausende von Karen aus ihrem Siedlungsgebiet vertrieben, Dörfer wurden zerstört, Menschen versklavt und Kinder als Soldaten für Armee und Milizen rekrutiert. Viele Karen retteten sich nach Thailand. Heftige Kämpfe gab es auch mit den Shan und den Kokang. Etwa 30 000 Kokang flohen nach China und lösten diplomatische Verwerfungen zwischen Birma und China aus. Besonders schwierig ist die Lage der Rohingya, die von der Regierung nicht als ethnische Minderheit und Staatsbürger anerkannt sind. Um ihrer Unterdrückung zu entkommen, flüchteten viele in Booten nach Bangladesch, Thailand oder Malaysia, wo sie ebenfalls nicht willkommen sind. Im letzten Jahr rückten die Bootsflüchtlinge in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit, als thailändische Sicherheitskräfte sie zurück aufs Meer schickten.

Der Schlüssel zu einem politischen Wandel in Birma liegt in Asien. Er wird jedoch nicht genutzt, um das isolierte Land zu öffnen. Für Indien und China mit ihrem wirtschaftlichen Interesse an den reichen Rohstoffvorkommen Birmas ist allein die politische Stabilität ihres Nachbarn wichtig. Die Militärjunta scheint diese Stabilität zu gewährleisten, obwohl der Aufstand der Mönche 2007 gezeigt hat, wie fragil die Lage ist. Beide Staaten vertreten das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Peking hat den Westen davor gewarnt, sich bei den Wahlen im November 2010 einzumischen. Der Deutsche Bundestag würde es äußerst begrüßen, wenn Indien und China, aber auch Russland, ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht nutzen würden, um die Lage in Birma zu verbessern. Auch die ASEAN-Staatengemeinschaft (ASEAN: Vereinigung Südostasiatischer Nationen) müsste Druck auf ihr Mitglied Birma ausüben. Nachdem die Regionalorganisation Ende 2007 eine Charta verabschiedet hat, in der die Achtung der Menschenrechte als Grundprinzip ihres Handelns festgeschrieben ist, ist ihr politischer Umgang mit Birma eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit. Aber ASEAN plädiert ebenfalls für eine strikte Nichteinmischungspolitik. Schwerste Menschenrechtsverletzungen, wie sie in Birma tagtäglich geschehen, erfordern jedoch politische Einmischung.

Das Militärregime hat bislang alle Angebote der Vereinten Nationen (VN) und der internationalen Gemeinschaft abgelehnt, demokratische Reformen im Land zu unterstützen, obwohl sich VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon persönlich um Vermittlung bemüht hat. Generalversammlung und Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verurteilen regelmäßig die Menschenrechtslage in Birma.

Hauptforderungen sind die Freilassung der politischen Gefangenen und von Aung San Suu Kyi, ein Ende von willkürlichen Verhaftungen, Folter, sexueller Gewalt, Verschwindenlassen und der Rekrutierung von Kindersoldaten. Der VN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtslage in Myanmar Tomás Ojea Quintana hat in seinem ausführlichen Fortschrittsbericht vom 10. März 2010 (A/HRC/13/48) umfassende und systematische Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Er hält es für möglich, dass einige dieser Menschenrechtsverletzungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs sind. Myanmar ist zwar kein Vertragsstaat des Römischen Statuts; dennoch legt Tomás Ojea Quintana den Vereinten Nationen eine Kommission zur Untersuchung der Verbrechen nahe.

Bereits vor Jahren hat die EU gegen Birma Sanktionen verhängt, die mittlerweile verschärft wurden. Die jetzt geltenden restriktiven Maßnahmen beinhalten u. a. ein umfassendes Waffenembargo, ein Lieferverbot für die Ausrüstung des Rohstoffsektors, ein Aussetzen von nicht humanitären Hilfs- und Entwicklungsprogrammen sowie Reisebeschränkungen und Kontosperrungen für Junta-Mitglieder. Nicht zuletzt wegen der Sanktionspolitik der Europäischen Union hat ihr Sonderberichterstatter Piero Fassino noch keine Einreisegenehmigung nach Birma erhalten. Die Erweiterung des Gesprächsangebots der EU über politische Fragen hinaus auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Themen könnte den Dialog wieder in Gang bringen. Gegenwärtig gibt es keine EU-finanzierte Entwicklungszusammenarbeit in Birma. Auch für die humanitäre Hilfe wurden von 2007 bis 2010 nur 32 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, für die Katastrophenhilfe nach dem Zyklon Nargis 39 Mio. Euro. Die EU engagiert sich vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit und in der Versorgung von Binnenflüchtlings, die überwiegend ethnischen Minderheiten angehören. Nach wie vor leidet die Bevölkerung schwer an den Folgen des Zyklons. Um die Lage im Land zu verbessern, sollte die EU ihre Handlungsspielräume ausschöpfen und hierfür auch wichtige Dialogforen wie die Asien-Europa-Treffen (ASEM) und EU-ASEAN-Dialoge nutzen.

Der Deutsche Bundestag verfolgt mit großer Sorge die politische, menschenrechtliche und humanitäre Lage in Birma. Mehrfach bereits hat er sich mit dem Land befasst. Die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen dort sind so groß, dass sie nur im Dialog zwischen allen Beteiligten – Regierung, Opposition, zivilgesellschaftlichen Gruppen und ethnischen Minderheiten – bewältigt werden können. Nur in einem echten Dialog ist ein friedlicher Wandel und eine nationale Aussöhnung möglich. Die internationale Gemeinschaft ist bereit, einen solchen Prozess konstruktiv zu begleiten. Freie demokratische Wahlen könnten hierfür den Auftakt bilden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die internationale Gemeinschaft und die ASEAN-Staatengemeinschaft zu drängen, damit sie alles unternehmen, damit in Birma freie und faire Wahlen stattfinden und allen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern die Teilnahme an der Wahl ermöglicht wird;
2. für eine internationale Wahlbeobachtung einzutreten;
3. darauf zu drängen, dass Birma den VN-Zivilpakt und den VN-Sozialpakt zeichnet und ratifiziert;
4. die Arbeit der VN- und EU-Sonderberichterstatter für die Lage in Myanmar, Tomás Ojea Quintana und Piero Fassino, aktiv zu unterstützen;

5. auf VN-Ebene die Etablierung einer unabhängigen Untersuchungskommission für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu unterstützen;
6. Birmas wichtigste Handelspartner China, Indien und Russland aufzufordern, sich für eine Öffnung des Landes, eine Verbesserung der politischen, menschenrechtlichen und sozialen Lage und für einen echten nationalen Dialog einzusetzen;
7. alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die politischen Gefangenen sowie Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi freigelassen werden, idealerweise bereits bei der geplanten Amnestie vor den Wahlen;
8. auf EU- und VN-Ebene darauf hinzuwirken, dass mit den Minderheiten nachhaltige Autonomieregelungen vereinbart und zwischen der Armee und den Milizen ethnischer Minderheiten Waffenstillstände geschlossen werden;
9. bei den Asien-Europa-Treffen (ASEM) und den EU-ASEAN-Dialogen auch die politische und menschenrechtliche Lage in Birma auf die Tagesordnung zu setzen;
10. für die Beibehaltung der restriktiven Maßnahmen der EU einzutreten, solange in Birma ein politischer Wandel nicht erkennbar ist;
11. gemeinsam mit den EU-Partnern für ein weltweites Waffenembargo gegenüber Birma zu werben;
12. sich im EU-Rahmen für Entwicklungszusammenarbeit mit Birma und eine Steigerung der humanitären und entwicklungsorientierten Maßnahmen zugunsten der Not leidenden Bevölkerung einzusetzen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion